



GUTES LEBEN BEGINNT IM SOZIALEN QUARTIER

Dialogpapier

der Projektgruppe

#Neue Lebensqualität – Morgen gut leben

ZUM DIALOGPAPIER

Neue Zeiten erfordern neue Ideen. Unter dem Titel „Projekt Zukunft #NeueGerechtigkeit“ erarbeitet die SPD-Bundestagsfraktion Lösungen für die Herausforderungen von morgen. Dabei setzen wir in sechs Projektgruppen auf einen breit angelegten Dialog mit Fachleuten, Organisationen sowie Bürgerinnen und Bürgern. Die erarbeiteten Konzepte sollen unmittelbar in die parlamentarische Arbeit der SPD-Fraktion einfließen.

Das Leben und Aufwachsen im Quartier ist prägend für seine Bewohnerinnen und Bewohner. Es ist die unmittelbare Alltags- und Lebenswelt der Menschen, in der ganz verschiedene Faktoren zusammentreffen. In der Projektgruppe „#NeueLebensqualität – Morgen gut leben“ stellen wir uns den Fragen: Wie schaffen wir es, dass gute Chancen auf Entfaltung und Entwicklung im Lebensumfeld für alle gegeben sind? Was können wir tun, damit Identifikation und Nachbarschaften entstehen oder erhalten bleiben, sich alle Menschen sicher fühlen und in einem grünen Umfeld mehr Lebensqualität für alle möglich wird? Wir wollen Quartiere auf ihrem Weg zu individuellen, ganzheitlichen Lösungen unterstützen und sehen den Erfolg im verstärkt ressortübergreifenden Handeln.

Das Papier ist noch kein Beschluss der SPD-Bundestagsfraktion, sondern nimmt eine erste Problemanalyse vor und skizziert Handlungsmöglichkeiten. Wir würden uns freuen, wenn auch Sie Ihre Expertise, Ihr Wissen und Ihre Erfahrung in den weiteren Prozess einbringen.

Marina Kermer, MdB, Projektleiterin

Carsten Träger, MdB, stv. Projektleiter

Michael Groß, MdB, Leiter der Unterarbeitsgruppe „Gutes Leben beginnt im sozialen Quartier“

Mitglieder der Projektgruppe #NeueLebensqualität:

Elvira Drobinski-Weiß, MdB

Ulli Nissen, MdB

Bettina Müller, MdB

Christina Jantz-Herrmann, MdB

Frank Junge, MdB

Detlef Müller, MdB

Uli Grötsch, MdB

Susanne Mittag, MdB

Petra Hinz, MdB

Detlev Pilger, MdB

Ursula Schulte, MdB

INHALT

I.	Gutes Leben beginnt im sozialen Quartier	4
II.	Ergebnisse Expertenworkshop	6
III.	Lebenswerte Quartiere gestalten	7
	1. Miteinander im Quartier	7
	2. Bildung im Quartier	8
	3. Grün im Quartier	9
	4. Sicherheit im Quartier	11
	5. Verwaltung und Politik	12
	6. Lebendige Quartiere durch mehr Bürgerbeteiligung	13
IV.	Einladung zum Dialog	14

I. GUTES LEBEN BEGINNT IM SOZIALEN QUARTIER

In den Wohnquartieren, Stadt- oder Ortsteilen¹ spiegelt sich unsere Gesellschaft in all ihren Facetten wider. Das Leben und Aufwachsen im Quartier mit seinen unterschiedlichen Voraussetzungen ist auch prägend für die Chancen seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Mit der Ausgestaltung öffentlicher und grüner Räume, den Bildungsmöglichkeiten, der verkehrlichen Anbindung, der Sicherheit, Nahversorgung und Grundinfrastruktur bestimmen wir die Lebensqualität vor Ort. Unterschiedliche Voraussetzungen können Perspektiven, Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten bieten oder verschließen. Deshalb stellt das Quartier einen wichtigen Handlungsrahmen für gesellschaftliche Gestaltungsprozesse dar. Es ist Ausgangspunkt für gesellschaftliche Teilhabe und trägt zum Zusammenhalt der Gesellschaft bei.

Doch wie gestalten wir Lebensqualität und Chancengleichheit in den Quartieren? Was brauchen Menschen, um soziales Miteinander entwickeln und leben zu können? Wieviel und welche Art von Grün oder welches Maß an Sicherheit machen ein Wohnumfeld lebenswert? Welche Rolle spielen Bildungsangebote und wie können wir KiTa und Schulen ausgestalten, damit sie ihrem Auftrag als wichtige Lebenswelten gerecht werden? Wie entstehen Orte, wo sich Ältere, Kinder, Familien, Menschen mit Behinderungen, Alleinlebende gleichermaßen wohl fühlen können, alle ein zu Hause haben und sich frei entfalten, aber auch im individuell nötigen Maß abgrenzen können? Wie schaffen wir Quartiere mit einer sozialen Ausgewogenheit, in denen auch Integration gut gelingen kann? Welchen Beitrag kann Quartiersentwicklung für eine inklusive Gesellschaft leisten? Wieviel Beteiligung braucht eine gelungene Quartiersentwicklung, um bei Bewohnerinnen und Bewohnern ein hohes Maß an Identifikation zu stiften, damit sich das Individuum wertgeschätzt fühlt und Wertschätzung auch im Umgang mit seinem Umfeld lebt?

Erste Grundlagen für Antworten auf unsere Fragen haben wir bereits mit einem Expertenworkshop gelegt, in dem wir themen- und fachgebietsübergreifend zur Frage des guten, grünen, sozialen und sicheren Quartiers diskutiert haben. Im Ergebnis stand ein gelungenes soziales Miteinander als Grundelement im Mittelpunkt lebenswerter Quartiere.

¹hier im Weiteren kurz als Quartier bezeichnet

Stadtplanung und Förderung müssen alle Potenziale räumlich und sozialstrukturell ausbauen sowie Begegnung und Vernetzung unterstützen. Ein Umdenken beim politischen Agieren und im Verwaltungshandeln hin zu einer ressortübergreifenden Strategie über alle Ebenen ist zeitgemäß und notwendig. Vernetzung und Zusammenhänge, die sich im Lebensalltag widerspiegeln, brauchen auch ein gemeinsames Management und kein Verwaltungsdenken in Zuständigkeiten nebeneinander.

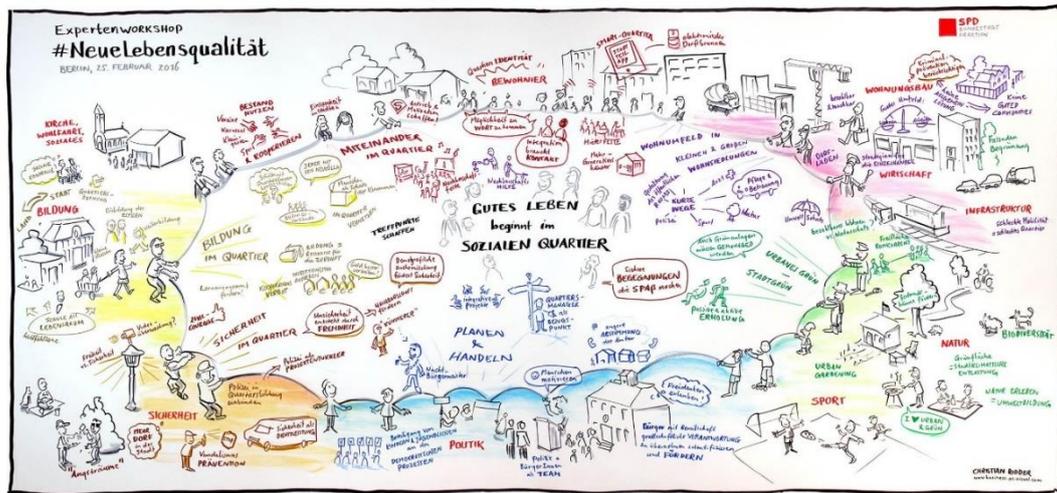
Eine besondere Herausforderung bilden Quartiere in Kommunen mit sinkenden Bevölkerungszahlen. Mit der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner schrumpfen auch die Einnahmen. In Folge der finanziellen Notlage entstehen personelle Kürzungen, die die Handlungsfähigkeit der betroffenen Kommune weiter einschränken. Auch eine starke Zuwanderung an beliebten Orten muss Stadtentwicklung konstruktiv meistern können, wenn sie rechtzeitig einer unerwünschten Gentrifizierung und Bildung sozialer Brennpunkte vorbeugen will. In bereits segregierten Vierteln mit hoher Armut, hohem Migrationsfaktor, extremistischen Tendenzen, hoher Kriminalität und schwachen Strukturen ist eine Verbesserung der Lebensqualität und Chancengleichheit nur mit einem sehr hohen Aufwand zu erreichen.

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel im Denken und Handeln, der die Handlungsfähigkeit der Kommunen bzw. Stadtteile für die Menschen vor Ort sicherstellt. Neue Wege und Konzepte sind dafür notwendig sowie die Flexibilisierung des Mitteleinsatzes. Nötig sind Handlungsstrategien, die eine Zusammenarbeit innerhalb von der Kommunen, aber auch von Bund und Ländern gewährleisten. Es spricht vieles dafür, dass „Wohnen“ als Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden muss, um die Lebensverhältnisse in den Keimzellen gesellschaftlichen Zusammenhalts zu verbessern. Wir brauchen ein Umdenken in Bezug auf die Bewertung von Rentabilität von Investitionen in die Entwicklung von Quartieren. Eine Rendite bemisst sich an den Entwicklungschancen und Möglichkeiten, die sich seinen Bewohnerinnen und Bewohnern in den Quartieren bieten. Die Bemessungsgrundlage sind langfristig positive Auswirkungen auf das Bildungsniveau, die Teilhabe und die Gesundheit über Generationen hinweg. Diese Quartiersrendite ist heute nur schwer zu bemessen. Das Städtebauförderprogramm „Soziale Stadt“ fördert den Zusammenhalt im Quartier nicht nur durch Investitionen in Beton, sondern auch durch nichtinvestiver Maßnahmen, wie z. B. Netzwerkkoordinatoren. Wir dürfen keine Diskussionen mehr darüber führen, welchen Wert diese Investitionen ins Quartier im Vergleich zu einer baulichen Maßnahme im Wohnumfeld haben.

Soziale Integration im Quartier muss stärker als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden. Neben den vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, den Wohlfahrtsverbänden, und Vereinen, sind auch Unternehmen und Stiftungen wichtige Akteure, die sich in hohem Umfang für soziale, sozioökonomische und kulturelle Belange einsetzen. Es liegt ein großes Potenzial darin, das Engagement von Unternehmen und Stiftungen im Sinne der integrierten Stadtentwicklung mit den Aufgaben der öffentlichen Hand zu verknüpfen und dabei gerade benachteiligte Quartiere in den Blick zu nehmen, wo sich soziale Probleme konzentrieren. Es ist dabei keinesfalls Ziel, Unternehmen und Stiftungen für öffentliche Aufgaben in Anspruch zu nehmen, sondern eine neue sektorübergreifende Kultur der Mitverantwortung von Kommune, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu etablieren. Ein solches Miteinander von staatlichem und privatem Handeln ist vor dem Hintergrund der anstehenden gesellschaftlichen Herausforderungen und der sich verfestigenden Polarisierung in den Städten und Gemeinden essentiell.

Die SPD formulierte in diesem Zusammenhang bereits die Idee zur Gründung einer „Bundesstiftung Soziale Stadt“. Diese könnte in Zeiten knapper öffentlicher Mittel helfen, strukturelle Defizite zu beseitigen. Eine Bundesstiftung könnte privates Engagement anstoßen und unterstützen, herausragende Projekte sozialer Stadtteilarbeit fördern und in die Quartiersarbeit integrieren. Die Stiftung könnte das Netzwerk von Akteuren und Institutionen in den Städten für mehr sozialen Zusammenhalt, für Integration und eine durch die dort lebenden Menschen mitgestaltete Quartiersentwicklung stärken.

Ziel muss es sein, den Menschen als Einzelnen und die Gemeinschaft in den Mittelpunkt der Debatte zu stellen. Wir entwickeln Städte und Dörfer nicht um ihrer selbst willen, sondern damit die Menschen dort gut leben können.



II. ERGEBNISSE EXPERTENWORKSHOP

Am 25. Februar 2016 veranstaltete die Projektgruppe #NeueLebensqualität einen Expertenworkshop mit 50 Vertretern der Wohnungswirtschaft, Sozialverbänden, Polizei, Umwelt-/ Naturschutz und Landschaftspflege, Stadtplanung und -verwaltung, Bildungseinrichtungen und Politik. Intensiv wurde zur Frage diskutiert, was ein lebenswertes Quartier auszeichnet. Die Diskussionen im Workshop zeigten einige Punkte immer wieder deutlich: Es geht um gemeinschaftliches Denken und Handeln, darum Identifikation zu schaffen, um Kümmerer und darum Verantwortung zu übernehmen sowie um eine angemessene Beteiligung der Anwohnerinnen und Anwohner. Im Ergebnis entstand ein Bild vom Quartier als Netz, das Sicherheit, Zusammenhalt, Chancen und Teilhabe für alle ermöglicht. Gehalten wird es von allen relevanten Akteuren gemeinsam. Das Loslassen einzelner Beteiligter setzt die Tragfähigkeit außer Kraft. Die Auswertung des Workshops ist die Grundlage des vorliegenden Dialogpapiers.

1. Identifikation und respektvollen Umgang miteinander schaffen

Lebenswerte Quartiere entstehen durch Identifikation. Das gilt nicht nur für die Bewohnerinnen und Bewohner, sondern auch für die Akteure im Quartier, wie Lehrer, Ärzte und Pflegedienste, Polizei oder Gewerbetreibende. Nachbarschaften werden dort stark, wo ein respektvoller Umgang miteinander und mit der Umgebung gepflegt wird.

2. Kümmerer schaffen Gemeinschaft

Lebenswerte Quartiere brauchen Menschen, die Verantwortung für eine positive Entwicklung übernehmen und wichtige Impulse für mehr Gemeinschaft setzen. Prozesse, die mehr Zusammenhalt und Identifikation schaffen, müssen von engagierten Personen gesteuert werden. Ehrenamtliches Engagement braucht Unterstützung durch hauptamtliche Akteure, wie z. B. Quartiersmanager. Kompetenzstreitigkeiten, die Reibungsverluste und Frustrationen befördern, müssen vermieden werden.

3. Quartier zu einem tragfähigen Netz entwickeln

Lebenswerte Quartiere entwickeln sich ganzheitlich und funktionieren als System. Alle relevanten Akteuerinnen und Akteure aus Zivilgesellschaft, Verwaltung, Politik und Institutionen bilden ein Netzwerk. Dieses schafft und nutzt Synergien und stellt die Menschen und ihre Gemeinschaft in den Mittelpunkt des Planen und Handelns.

III. LEBENSWERTE QUARTIERE GESTALTEN

1. MITEINANDER IM QUARTIER

Ein gelungenes Miteinander im Quartier braucht Räume sowie Anlässe und Gelegenheiten für Begegnung und Zusammenkunft. Es braucht Orte und Treffpunkte, die generationsübergreifend und multikulturell funktionieren und unabhängig von Einkommen und Bildung für alle gleichermaßen attraktiv sind. Eine Umgebung, die den einzelnen Menschen nicht wertschätzt, führt auch zu Anwohnerinnen und Anwohnern, die sich und ihren Wohnort nicht akzeptieren. Ein Quartier prägt die dort lebenden Menschen und die Menschen prägen ihre Umgebung. Eine aktive gesunde Nachbarschaft kann nur wachsen, wenn Menschen ihre Wohnräume verlassen und sich an Gemeinschaftsorte begeben, die alle barrierefrei gut erreichen können. Spielplätze, Wochenmärkte, Sport- und Parkanlagen, die Eisdiele oder das Eckcafé bis hin zum Waschsalon mit Kaffeemaschine bieten Raum für nachbarschaftlichen Austausch im Alltag.

Nachbarschaften entstehen kleinräumig und zeichnen sich durch ein dichtes Netz von Beziehungen im nahen Wohnbereich aus. Räumliche Nähe allein reicht jedoch nicht, um Beziehungen untereinander zu schaffen. Gemeinschaft kann dort am besten gelingen, wo gemeinsames Handeln und gemeinsame Interessen verbinden. Kindergärten, Schulen oder andere öffentlich nutzbare Gemeinschaftsräume schaffen Begegnung im Quartier mit Gleichgesinnten und fördern so über die Einrichtung hinaus das soziale Miteinander seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Gute Nachbarschaften sind die Voraussetzungen für gelebte Vielfalt und Inklusion.

Eine lebendige Gemeinschaft entsteht nicht auf dem Reißbrett. Dennoch kann zielgerichtete gelungene Planung das Zusammenfinden von Menschen begünstigen. Eine attraktive Gestaltung von Freiflächen allein ist jedoch noch kein Garant für mehr Miteinander. Die Menschen müssen miteinander agieren können. Das geschieht insbesondere dann, wenn eine Funktionsmischung vorhanden ist, die unterschiedliche Vorstellungen von Raumnutzung zusammenführt. Dort wo Raum verhandelt werden muss, entsteht Kontakt. Auch Nutzungskonflikte bieten somit die Chance, das soziale Miteinander konstruktiv zu gestalten, vorausgesetzt, dass Prozesse entstehen, die zielführend begleitet werden.

Quartiere sind zentrale Orte gesellschaftlicher Teilhabe und bürgerschaftlichen Engagements. Das ehren- und hauptamtliche Engagement in Kitas und Schulen, Sportvereinen, Kirchengemeinden sowie Bürger- und Kiezinitiativen, in nachbarschaftlichen Netzwerken und sozialen Einrichtungen erhält ihre Funktionsfähigkeit. Langfristiges und selbstorganisiertes Engagement braucht Unterstützung in Form von Personal zur Koordination, Räumen und Sachmitteln. Verlässliche Rahmenbedingungen schaffen zudem feste langfristige Ansprechpartner auf Ebene des Quartiersmanagements oder der kommunalen Verwaltung. Diese sichern auch Grundstrukturen, die zumeist Voraussetzung für die Einwerbung zusätzlicher Projektmittel sind.

Gute Netzwerke, die ressortübergreifend alle Akteure für ein lebenswertes Wohnumfeld bündeln, erhöhen die Quartiersrendite. Investitionen in die notwendige Ressourcenausstattung für funktionsfähige und nachhaltig etablierte Verbände sind somit rentable Investitionen in eine zukunftsfähige Gesellschaft.

Fragen

1. **Wie ist die Arbeit für ein gelungenes Miteinander und gute Nachbarschaft im Quartier aufzubauen bzw. zu sichern? Welche Maßnahmen könnten seitens des Bundes ergriffen werden?**
2. **Ressortübergreifend agierende Netzwerke sind ein wichtiger Motor für ein gutes Miteinander im Quartier. Wo muss Unterstützung ansetzen, die ein effektives nachhaltiges Wirken befördert?**
3. **Welche räumlichen Voraussetzungen braucht gute Quartiersarbeit, um mehr Miteinander zu schaffen und eine gute Nachbarschaft zu fördern?**

4. **Gibt es für ein gesundes Aufwachsen im Quartier, ein selbstbestimmtes Leben und würdevolles Altwerden im Stadtteil Grundvoraussetzungen und Grundversorgungsbedarfe? Welche sind das?**
5. **Wie ist eine partizipative, kooperative und integrierte Strategie erfolgreich und welche Maßnahmen sind erfolgreich, um Lebenssituationen in Stadtteilen zu verbessern?**
6. **Wie kommt den gemeinsamen sozialraumorientierten Handeln verschiedener Fachpolitiken und ressortübergreifenden Strategien eine verbindliche und aktive Rolle zu?**
7. **Wie können die Potenziale der Akteure, Verantwortungsgemeinschaften und der Zivilgesellschaften für das soziale Miteinander und die Stärkung des Gemeinwesens und die Stärkung des Zusammenhalts genutzt und ausgebaut werden?**

2. BILDUNG IM QUARTIER

Kindertagesstätten und Schulen sind Begegnungsorte im Quartier. Sie bilden wichtige Ankerpunkte, die über den formalen Bildungsauftrag hinaus als Lebenswelt in die Familien und das Wohnumfeld wirken. Bildungseinrichtungen in sozialen Brennpunkten tragen eine große Verantwortung. Das Lernen von Lesen, Schreiben und Rechnen kann leicht in den Hintergrund treten, wenn die Lebenswelt KiTa oder Schule gebraucht wird als Ort, an dem manchmal ganze Familien Unterstützung zur Bewältigung ihres Alltags erhalten. Der niedrigschwellige Zugang erreicht auch Gruppen, die sonst nicht sichtbar werden. Hier liegt ein großes Potenzial für mehr Chancengleichheit. Gleichzeitig ist es eine große Herausforderung, weil dies viel mehr Ressourcen braucht, als den Einrichtungen gemeinhin zur Verfügung stehen. Zielgerichtete Förderung braucht gut ausgebildetes, motiviertes und vor allem ausreichend Personal. Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Die Chance auf gute Bildung und Teilhabe für alle darf deshalb nicht vergeben werden. Der Blick auf diesen Zukunftsgewinn, die Quartiersrendite, rechtfertigt alle Investitionen.

Gute Bildungseinrichtungen bestimmen für viele Familien die Suche nach einem familiengerechten Wohnumfeld. Attraktive Schulen bieten immer einen Standortvorteil und können so einen integrierenden Beitrag in Quartieren leisten. Es spricht vieles dafür, sich dort besonders zu engagieren, wo eine Durchmischung sozialer Schichten Ghattobildung aufhalten oder vorbeugen soll. Von guten Bildungseinrichtungen profitieren alle, unabhängig vom sozioökonomischen Status. Kitas und Schulen sind in der Lage mit guten Konzepten und ausreichender Unterstützung, Integration und Inklusion zu leben und Vielfalt als selbstverständlich zu gestalten. Lebt die KiTa, lebt die Schule, lebt das Quartier.

Wenn wir Schulen zu „Kathedralen“ der Quartiere ausbauen wollen, müssen diese auch so aussehen. Investitionsstaus in vielen Kommunen führen dazu, dass Kinder und Jugendliche in maroden Gebäuden lernen und große Teile ihres Alltags in einer Lebenswelt verbringen, die wenig Wertschätzung für das Lebensumfeld fördert. Sonderinvestitionsprogramme in Bildungsinfrastruktur könnten die Kommunen entlasten und trotz Kooperationsverbot Hilfe leisten. Flexibel einsetzbare Regelförderungen der Schulen sollten zudem Einzelprojektförderungen ersetzen, weil sie vorzeitig zur Vermeidung von Missständen einzusetzen sind. Der qualitative Ausbau von Bildungseinrichtungen als Lebenswelten muss als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen gestemmt werden. Dazu gehören auch Maßnahmen, die eine Gesundheitsförderung der Kinder und Jugendlichen unterstützen, in dem z. B. Bewegungsräume attraktiv für alle Altersgruppen gestaltet werden. Diese sollten über den Schulbetrieb hinaus allen Bewohnerinnen und Bewohnern zur Verfügung stehen. Mehr ressortübergreifendes und kooperatives Planen und Handeln im Quartier kann Bildungseinrichtungen ganz neue Möglichkeiten eröffnen. Als aktiver Part eines Netzwerks für die Menschen im Wohnumfeld können sie wichtige Funktionen einnehmen, vorausgesetzt, dass sie bereit sind, sich zu öffnen und auch ausreichend Unterstützung dabei erfahren. Die Räumlichkeiten können über den Schulbetrieb hinaus als Begeg-

nungsorte genutzt werden. Vielfach profitieren bereits Musikschulen oder Sportvereine von der vorhandenen Infrastruktur. Der bundesweite Ausbau von Ganztagschulen gelingt dann besonders gut, wenn außerschulische Akteure in schulische Konzepte wie selbstverständlich eingebunden werden können. Die Einbindung entlastet die Schulen im Hinblick auf die Bereitstellung eines vielfältigen Bildungsangebots und ermöglicht die Teilnahme an Freizeitaktivitäten, die sonst aufgrund der langen Schulzeiten nicht möglich wäre.

Bildung im Quartier muss sich an alle Altersgruppen wenden und vielfältige Interessen bedienen. Räumlichkeiten, die Angebote für Bildung und Kultur unter einem Dach vereinen, schaffen Begegnungsorte. Ein etabliertes gutes Management kann so zusätzlich zur Bildung ein gutes Miteinander fördern.

Multifunktionale Nutzungskonzepte dürfen nicht an unflexiblen Verwaltungshandeln und –zuständigkeiten scheitern. Ebenso sollte es Ziel sein, dass sich alle Bildungseinrichtungen eines Quartiers zu Bildungsverbänden zusammenschließen, um gemeinsam zu agieren.

Fragen

8. **Wie schaffen wir es, Schulen und Kitas als wichtige Lebenswelten mit positiven Wechselwirkungen ins Wohnumfeld auszubauen und attraktiv und gesundheitsförderlich zu gestalten? Wie können wir Hemmnisse überwinden, die einer Öffnung der Nutzung von Schulgebäuden und ihrem Außenraum entgegenstehen?**
9. **Von welchen Kooperationen können Ganztagschulkonzepte profitieren? Welche Restriktionen ergeben sich in der Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern?**
10. **Wie schaffen wir niedrigschwellige Bildungsangebote für alle im Quartier? In welcher Form kann sich hier der Bund engagieren?**
11. **Wie und wo müssen lebensbegleitende Bildungsangebote im Stadtteil etabliert werden?**
12. **Wie können Kitas und Schulen als wohnortnahe Begegnungszentren aufgestellt und für gute Nachbarschaft geöffnet werden?**
13. **Wie können wir Schulen zu digitalen Zentren entwickeln, um Zukunftsperspektiven zu eröffnen?**

3. GRÜN IM QUARTIER

Grün in der Stadt dient nicht nur der Erholung. Es verbessert das Stadtklima, fördert Naturerleben, funktioniert als Lernort und erhöht je nach Ausgestaltung die Biodiversität. Voraussetzung ist, dass Freiräume entsprechend geplant werden, damit die gesteckten Ziele, wie z. B. die Ansiedlung von Tieren, auch erreicht werden.

Die Teilhabe an Natur mit ihren positiven Wirkungen ist nicht gleich verteilt. Menschen mit niedrigen sozioökonomischen Status leben häufiger in Quartieren mit wenig oder schlecht gepflegten Grünflächen. Ihre Freizeit verbringen sie seltener im Grünen, was dazu führt, dass Kinder aus sozial schwachen Familien insgesamt auf weniger Erfahrungen in und mit der Natur zurückgreifen können. In Quartieren mit mehr öffentlichen Grün weisen die Menschen einen besseren gesundheitlichen Status auf. Die Zusammenhänge für gesundheitliche Chancengleichheit sind vielfältig, dennoch ist es erwiesen, dass das Vorhandensein öffentlichen Grüns mehr Alltags- und Freizeitbewegung und somit einen gesunden Lebensstil fördert. Die Erreichbarkeit von Grün im Wohnumfeld ist aus vielen Gründen ein wichtiger Faktor für Lebensqualität.

In der räumlichen Planung von Quartieren muss die Nutzbarkeit für Fußgänger und Radfahrer aller Altersgruppen einen hohen Stellenwert haben. Eine Erhöhung der Alltagsbewegung gerät aus gesundheitsförderlicher Sicht immer stärker in den Fokus. Attraktive, barrierefreie und verkehrssichere Wege im Quartier werden stärker und regelmäßiger genutzt für Alltagshandeln mit kurzen Wegen. Die Verbesserung des Angebots des ÖPNV wirkt sich zudem positiv auf die Erhöhung der Alltagsbewegung des Einzelnen aus. Neben dem Effekt, den individuellen Kraftverkehr im Quartier einzudämmen, kann regelmäßig erhöhte Alltagsbewegung für die Menschen einen weitaus höheren Nutzen haben, als die Nutzung von Sportangeboten.

Das Angebot von nutzbaren Grün reduziert sich dort, wo ungepflegte, nahezu verwahrloste Flächen für Drogenhandel und -konsum oder Kleinkriminalität missbraucht werden. In der Folge werden den Anwohnerinnen und Anwohnern Grünflächen als Erholungs-, Spiel-, Freizeit- und Erlebnisraum entzogen. Die einzigen grünen Inseln verkommen zu Orten mit Sicherheitsrisiken insbesondere für ältere Menschen und Kinder.

Ziel muss es sein, dass Freiflächen für alle nutzbar werden und bleiben. Bestenfalls können mit der Planung und Umsetzung multikodierte Räume geschaffen werden, die ein Nebeneinander und Miteinander von Bedürfnissen, Generationen und Kulturen barrierefrei ermöglichen. Der öffentliche grüne Raum nimmt eine zentrale Rolle für mehr Gemeinschaft in den Quartieren ein und muss als politisches Handlungsfeld stärker in den Blick genommen werden. Als nahezu letzte, nichtkommerzielle Refugien für Freizeitgestaltung, Erholung und Begegnung haben Grünflächen, Parks, Spielplätze und andere Naturerholungsräume eine große Bedeutung für mehr Chancengleichheit.

Um die Gestaltung öffentlichen Grüns erfolgreich an den Bedürfnissen der Anwohnerinnen und Anwohner auszurichten, sind Beteiligungsprozesse und die zielgerichtete Förderung von Eigeninitiative unabdingbar. Derzeit setzen sich vielerorts Konzepte durch, die gestaltbares Grün, wie z. B. Gemeinschaftsgärten, anbieten. Partizipation schafft Identität und mobilisiert wertvolle Potenziale der Zivilgesellschaft. Die effektive Einbindung bürgerschaftlichen Engagements erfordert jedoch immer Strukturen in der Verwaltung, die Prozesse steuern und Räume für Beteiligung klar definieren.

Nachhaltige Planung muss vorausschauend kosten- und sachgerecht in Bezug auf Pflege und Erhalt erfolgen. Häufig fehlt es langfristig an einem effizienten Management vorhandener grüner Flächen. Gut gemeinte Gestaltungen können so nicht nachhaltig ihren Zweck erfüllen. Öffentliches Grün kann eine Aufwertung durch Kooperationen im Wohnumfeld, z. B. mit Wohnungsbaugenossenschaften erlangen. Das kann gelingen, wenn die Grenzen zwischen kommunalem Grün und Wohnungsbauanlagen gebundenem Grün aufgehoben werden. In der gemeinsamen Verantwortung für Gestaltung und Pflege werden Synergien genutzt, die für beide Seiten kostensparend wirken. Ressortübergreifendes Denken und Handeln bietet die Chance, dass halböffentliche Flächen, wie z. B. an Schulen und Kitas für die allgemeine Nutzung geöffnet werden und so Verbindungsorte im Quartier geschaffen werden.

Fragen

- 14. Welche Formen der Öffnung und Mehrfachnutzung von öffentlichen und anderem Grün- oder Freiflächen können wir im Quartier entwickeln?**
- 15. Die Qualifizierung von öffentlichen Grün erfolgt aufgrund unterschiedlicher Bedürfnisse sehr unterschiedlich. Welche Qualifizierung von öffentlichen Grün brauchen wir und wer definiert die Qualität? Wie kann Umweltqualifikation auch in stark übernutzten Flächen möglich gemacht werden?**
- 16. Wie gehen wir mit Freiflächenkonkurrenz um? Wie schaffen wir es, dass Verdichtungsmaßnahmen zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum nicht zu Lasten von urbanem Grün gehen?**
- 17. Wie schaffen wir bedarfsgerechte Umsetzungsflexibilität im Wohnumfeld, die bedarfsgerecht zu gestalten ist und sich die Bewohner aneignen können?**

4. SICHERHEIT IM QUARTIER

Sicherheit ist eines der Grundbedürfnisse der Menschen. Im Quartier als lebensnahes Umfeld ist die Wohn- und Lebensqualität maßgeblich vom eigenen Sicherheitsempfinden abhängig. Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Quartiere mit sozialen Problemlagen empfinden häufig einen Mangel an Sicherheit. Polizeiliche Kriminalstatistiken über registrierte Straftaten reichen jedoch nicht aus, um das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen zu verstehen. Statistiken entsprechen oft nicht dem Sicherheitsempfinden der Menschen, denn je höher die gefühlte Betroffenheit, desto massiver tritt ein Unsicherheitsgefühl auf. Die objektive Kriminalitätsbelastung trifft zumeist keine Aussagen über Faktoren wie Verwahrlosungstendenzen oder Anonymität im Wohnumfeld. Nicht alle Konflikte und Störungen werden als Kriminalität oder Sicherheitsproblem eingestuft. Sie können jedoch für die Menschen zu erheblichen Spannungen führen und die Lebensqualität einschränken.

Werden diese Probleme erkannt und definiert, können Maßnahmen und Projekte entwickelt werden, die direkt oder indirekt entgegenwirken. Zum einen wirken soziale Projekte zur Förderung von Kindern und Jugendlichen kriminalpräventiv. Zum anderen können städtebauliche Maßnahmen frühzeitig sowohl die objektive Kriminalitätsbelastung als auch das subjektive Sicherheitsempfinden positiv beeinflussen. Im Idealfall werden integrierte Konzepte, wie z.B. im Programm „Soziale Stadt“, angewendet und stabilisieren benachteiligte Quartiere.

Erfolgsrezepte für mehr objektive und subjektive Sicherheit in den Quartieren gestalten sich analog zu Konzepten erfolgreicher sozialer Quartiersarbeit. Miteinander gelebte Vielfalt durch soziale und kulturelle Durchmischung schafft Vertrauen in Fremdes und gibt Sicherheit. Eine gute Nachbarschaft gibt Schutz durch positive soziale Kontrolle. Gegenseitig aufeinander zu achten und sich zu kümmern, schafft eine Nachbarschaft, in der Probleme frühzeitig erkannt und angegangen werden können – von Bewohnern und der Polizei. Die Beteiligung der Menschen an der Entwicklung ihres Quartiers sowie die Übertragung von Verantwortung stiften Identifikation und Vertrauen. Alle diese Voraussetzungen verhindern Anonymität und sind somit ein wesentlicher Faktor für ein positives subjektives Sicherheitsempfinden. Ein sicheres Gefühl im Sinne von Zugehörigkeit kann nur über Gemeinschaft entstehen und ist durch keine Polizeistreife zu erreichen.

Städtebauliche Maßnahmen müssen die Förderung sozialer Prozesse ergänzen. Wegeleitsysteme, Ausleuchtung oder Übersichtlichkeit durch Sichtachsen schaffen gute Orientierungsmöglichkeiten. Angsträume müssen identifiziert und vermieden werden, damit Kriminalität und Vandalismus reduziert wird. Konflikte aufgrund konkurrierender Nutzung sollten konstruktiv durch die Schaffung individueller Räume für verschiedene Lebensphasen und Bedürfnisse gelöst werden. Treffpunkte im Quartier sollten grundsätzlich überschaubar sein und attraktive zentrale Plätze können den dörflichen Marktplatz ersetzen, der zu Begegnung und Kommunikation generationsübergreifend einlädt.

Polizeiliche Präsenz im Quartier kann Sicherheit schaffen, sollte jedoch nicht aufs Streifenfahren begrenzt bleiben. Die Polizei wird zum wichtigen Partner in Stadtentwicklungsprozessen, wenn sie in die Präventions- und Quartiersarbeit aktiv eingebunden ist. Kontaktbeamte, die persönlich bekannt sind, schaffen nicht nur objektive Sicherheit, sondern können wichtige Impulse für mehr subjektives Sicherheitsempfinden setzen. Dazu gehört auch die Unterstützung der Bewohnerinnen und Bewohner mit Institutionen der Prävention und der Strafverfolgung, um langfristig die alltägliche Sicherheit zu gewährleisten.

Fragen

18. **Wie schaffen wir es, Quartiere zu Lebenswelten zu entwickeln, deren Wohnqualität von Sicherheit, Geborgenheit und Vielfalt geprägt sind? Wie können gute Nachbarschaften für mehr positive soziale Kontrolle gefördert werden?**
19. **Welche Maßnahmen verhindern, dass im Quartier „No-go-areas“ bzw. Angsträume entstehen?**

5. VERWALTUNG UND POLITIK

Verwaltungen arbeiten im Dienste der Bürgerinnen und Bürger und doch entsteht häufig der Eindruck, dass Verwaltungshandeln nicht nah genug an den Menschen und ihren Bedürfnissen ausgerichtet ist. Kommunale Behörden verwalten Lebenswelten, die alle den Menschen in seiner Umwelt betreffenden Faktoren umfassen und im Zusammenspiel als Organismus funktionieren. Im Widerspruch dazu stehen Verwaltungsstrukturen, die nebeneinander in Ressorts denken, planen und handeln. In der Folge entstehen Konflikte um Zuständigkeiten oder die Verteilung von Zuwendungsmitteln.

Ziel muss es sein, die Ressourcen zu bündeln, Synergien zu nutzen und die besten Lösungen für ein Quartier und seine Menschen zu finden. Ressortübergreifendes Arbeiten entsteht jedoch nicht von allein. Es braucht Mittler und Schnittstellen, die Informationsflüsse zwischen Zuständigkeiten gewährleisten und Abstimmungsprozesse koordinieren sowie moderieren. Eine hierfür eingesetzte Person oder eine Arbeitseinheit kann ebenso die Kommunikation nach außen kompetent befördern, so z. B. als Kontakt für Quartiersmanager dienen. In dieser Funktion wäre auch das Handlungsfeld „Bürgerbeteiligung“ sinnvoll übergreifend verortet sowie die Moderation von konfliktträchtigen Planungsprozessen zwischen Verwaltung und Bürgern.

Verwaltungsstrukturen sollten als transparentes Netzwerk verstanden und in der gemeinsamen Arbeit auch so genutzt werden. Zivilgesellschaftlich haben sich bereits vielerorts Netzwerke fachübergreifend zusammengeschlossen, um in den Lebenswelten der Menschen gewünschte Entwicklungen voranzubringen. Zusammenschlüsse für mehr Gesundheitsförderung und Prävention oder Bündnisse für Umwelt- und Klimaschutz in Kommunen vereinen häufig eine Vielzahl von Akteuren mit ganz unterschiedlichen fachlichen Kompetenzen. Diese Netzwerke setzen bereits die richtigen Impulse für ressortübergreifendes Handeln und sollten konstruktiv gespiegelt werden.

Verwaltungshandeln sollte nicht ausschließlich als Angebot verstanden werden, das von Bürgerinnen und Bürgern genutzt wird. Im Selbstverständnis eines dienstleistungsorientierten Verwaltungsangebotes sollte Gegenseitigkeit implementiert sein. Regelmäßig stattfindende Ortsbegehungen oder Bürgersprechstunden unterstützen die Öffnung und signalisieren ein ernsthaftes Interesse an den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. So können die spezielle Lage im „Kiez“, Feinheiten im Gesamtsystem Quartier oder andere Einzelheiten, die erst im lokalen Bezug offensichtlich werden, in die Prozesse einbezogen und passgenaue Lösungen erarbeitet werden.

Fragen

20. **Wie kann Politik Möglichkeiten gewähren, die flexible Gestaltungsprozesse und echte Beteiligung zum Ziel haben?**
21. **Wie sollten Politik und Verwaltung handeln und agieren, um Fachebenen ressortübergreifend sinnvoll zu verbinden und Gesamtzuständigkeiten in heutigen komplexen Aufgabenfeldern wahrzunehmen?**
22. **Wie kann der Bund nachbarschaftliche Netzwerke im Quartier sinnvoll unterstützen? Wie aktivieren wir alle Milieus und Altersgruppen, damit sie sich für ihre Wohnqualität und Gestaltung ihres Wohnumfeldes einzusetzen?**
23. **Könnte die Verwirklichung einer ressortübergreifenden Strategie als Aufgabe des Bundes und/oder durch eine Stiftung Soziale Stadt umgesetzt werden? Welche Ziele und Aufgabenfelder könnte eine neu zu gründende Stiftung definieren?**

6. LEBENDIGE QUARTIERE DURCH MEHR BÜRGERBETEILIGUNG

Für erfolgreiche Quartiersentwicklungsprozesse ist die Mitnahme der Bewohnerinnen und Bewohner ein unverzichtbarer Baustein. Die Möglichkeit zur aktiven Beteiligung an Planungen und Entwicklungen bildet die Grundlage von Akzeptanz und Identifikation. Die Bürgerbeteiligung ist deshalb auch heute Fördervoraussetzung für alle Städtebauförderungsprogramme. Dieser Anspruch wird jedoch in sehr unterschiedlicher Art und Weise umgesetzt und ist je nach Ausgestaltung mehr oder weniger erfolgreich. Vielfach fehlen angepasste Konzepte, die eine zielgruppenorientierte Beteiligung für ganz unterschiedliche Handlungsfelder möglich machen. Bürgerbeteiligung darf sich nicht in der Information über geplante Maßnahmen erschöpfen, sondern muss die Beteiligung fest in Gestaltungsprozessen etablieren und das Verwaltungshandeln darauf ausrichten. Dazu gehört auch, dass die Grenzen und Möglichkeiten der Beteiligung klar definiert und kommuniziert werden.

Beteiligungsprozesse müssen als eigenständige Handlungsfelder im Prozess verstanden werden, die häufig auch mehr Personal benötigen. Insbesondere komplexere Prozesse, die nicht ausschließlich städtebaulichen, sondern auch soziale Entwicklungen zum Ziel haben, brauchen professionelle Moderation und Zeit. In benachteiligten Quartieren besteht die Herausforderung darin, die Menschen zu mobilisieren, die sich selten aktiv für ihre Belange einsetzen. Ihnen fehlt häufig die positive Erfahrung der Selbstwirksamkeit und eigenen Gestaltungsmöglichkeit. Hier ist es wichtig, niedrighschwellige Zugänge zur Beteiligung zu schaffen, die in der Regel in aufsuchender Form in ihrem Lebensumfeld erfolgen sollten.

Zentrale, langfristig etablierte Ansprechpartner im Quartier, wie z. B. Quartiersmanager, schaffen Vertrauen und können als ein Instrument der Bürgerbeteiligung fungieren. An der Schnittstelle zwischen Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern und Verwaltung bilden sie ein Angebot für niedrighschwellige Kommunikation auf Augenhöhe. Gute Quartiersmanager können Quereinsteiger sein, die auch mal querdenken. Für dieses vielfältige Aufgabengebiet sind vielseitige Menschen gefragt. Diese anspruchsvolle Managementaufgabe muss auch entsprechend entlohnt werden. Dieser Ansatz zahlt sich langfristig aus. Kümmererstrategien wirken nachhaltig.

Mehr Bürgerbeteiligung muss das Ziel von Kommunalpolitik und Quartiersgestaltung sein. Die Ausgestaltung kann so unterschiedlich erfolgen, wie die Zielgruppen und die gemeinsam zu entwickelnden Maßnahmen. Bürgerbeteiligung muss aktiv gestaltet und darf nicht ausschließlich als Reaktion auf Bürgerproteste initiiert werden. Sie sollte vielmehr als Instrument zur Qualitätssteigerung zur erfolgreichen Umsetzung von Entwicklungszielen verstanden werden.

Fragen

24. Ganzheitliche Ansätze zum Quartiersmanagement/Quartierskoordination bieten die Chance für langfristig gesicherte Qualität und Steuerungsmöglichkeiten. Welche Anforderungen sollten hierfür erfüllt/ vorausgesetzt/ bereitgestellt werden?
25. Wie lässt sich der Erfolg von Quartiersmanagement messen/ belegen?
26. Sind Aktivierungs- und Beteiligungskosten in allen Planungskosten der öffentlichen Hand mit einem prozentualen Anteil zu etablieren?

IV. EINLADUNG ZUM DIALOG

Wir laden Sie herzlich zum Dialog ein. Wir interessieren uns für Ihre Ideen und Ansichten zu unseren Vorschlägen und Fragen. Lassen Sie uns gemeinsam die Weichen dafür stellen, dass unsere Wohnquartiere, Stadt- und Ortsteile gute Perspektiven, Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Menschen bieten.

Gerne können Sie auch nur Stellung zu einzelnen Punkten nehmen. Auch über neue Ideen und gute Ansätze zur Entwicklung lebenswerter Quartiere, die wir nicht im Fragenkatalog des Dialogpapiers direkt aufgegriffen haben, freuen wir uns.

Bitte schicken Sie Ihre Anregungen an heike.friedrich-hoelscher@spdfraktion.de bis zum 8. Juli 2016.

Kontakt

SPD-Bundestagsfraktion

Projektgruppe #NeueLebensqualität

Referentin: Heike Friedrich-Hölscher

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030 22751182

Email: heike.friedrich-hoelscher@spdfraktion.de

Web: <http://www.spdfraktion.de/projekt-zukunft>

Twitter: http://twitter.com/spdbt_zukunft